

13.01.2014

**Diskussionspapier zum Beschluss der Jugendminister
„Weiterentwicklung und Steuerung der Hilfen zur Erziehung“**

Der Unterausschuss begrüßt es, dass es auf fachpolitischer und politischer Ebene ein starkes Interesse gibt, sich mit der Entwicklung der Jugendhilfe generell und insbesondere mit den Hilfen zur Erziehung (HzE) auseinanderzusetzen. Die folgenden Punkte sollen in der Diskussion im Jugendhilfeausschuss und seinen Gremien aufgenommen werden:

1. HzE sind Teil eines Gesamtsystems, das sich in komplexen Prozessen mit vielfältigen Wirkungsmechanismen vollzieht und einer direktiven Steuerung durch das Jugendamt nicht zugänglich ist. Viele Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen wie insbesondere Schulen müssten sich grundlegend ändern. Dort werden „schwierige“ Kinder immer noch selektiert. Erforderlich ist eine konstruktive Zusammenarbeit verschiedener Systeme.
2. Die Fallzahlen- und Kostenentwicklung bei HzE wird sich nur dann über Kennzahlensysteme beeinflussen lassen, wenn das Jugendamt die notwendige personelle und sächliche Ausstattung bekommt.
3. Maßnahmen zur Umsteuerung von HzE bedürfen einer gründlichen Analyse. Erst mit Kenntnissen über Einflussfaktoren (z. B. Schul- und Kitaentwicklung, Kinderschutzdebatte, Aufgabenzuwächse, Personalausstattung im ASD) lässt sich eine Strategie entwickeln. Die Ergebnisse des Benchmark sind dabei eine gute Grundlage.
4. Die Sozialräume sind unterschiedlich entwickelt. Es kann festgestellt werden, dass im Bereich der sozialen Infrastruktur, die nicht auf einem Rechtsanspruch beruhte, in den letzten Jahren kontinuierlich gespart wurde. Während in der Vergangenheit der Markt der HzE expandierte, wurden andere Bereiche der Jugendhilfe, u. a. die Familienförderung vergleichsweise gering gefördert.
5. Es gibt auf Seiten der Träger keine fachpolitischen Initiativen mit dem Ziel, die Einrichtungen und Leistungen in den Stadtteilen zukunftssicher umzubauen und in ihrer Leistungsfähigkeit zu stärken. Der Unterausschuss fordert daher eine ehrliche Auseinandersetzung mit den vorhandenen Ressourcen und eine zukunftsorientierte und zielgerichtete Fortschreibung der Jugendhilfeplanung, an der die Träger sich aktiv beteiligen.